

Das Bündnis ist stärker denn je

VON HOLGER MÖHLE

Dieser Nato-Gipfel schickt ein unmissverständliches Signal nach Moskau: Die Allianz steht zusammen – als Bollwerk gegen Aggressoren. Wladimir Putin soll verstehen: Er hat die Ukraine angegriffen und sich mit einem Bündnis angelegt. Kein diplomatischer Eklat in Vilnius, wie er im Türkei-Schweden-Streit erwartet worden war, sondern ein Signal der Geschlossenheit. Schweden kann dem Kreis der Bündnispartner beitreten. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat nach langer Blockade den Weg freigemacht. Erdogan geht nicht mit leeren Händen: Er dürfte F16-US-Kampfbomber, die er schon lange kaufen will, bekommen und womöglich auch Verbesserungen bei der Zollunion zwischen der Türkei und Europa.

Die Ukraine bekommt bei diesem bedeutendsten Gipfel seit 15 Jahren eine klare Beitrittsperspektive. Präsident Wolodymyr Selenskyj wartet aber immer noch auf eines: eine explizite Einladung zum Beitritt ins Bündnis. Er soll zumindest mit dem Gefühl zurück nach Kiew fahren, dass die Ukraine eines Tages als Mitglied Nummer 33 der Nato beitreten wird. Nato plus Finnland plus Schweden plus die Ukraine mit einer deutlichen Beitrittsperspektive. Putins Bilanz ist verheerend: Er hat mit seinem Krieg das Bündnis noch stärker gemacht, als es vorher schon war.

Der Nato-Ukraine-Rat soll alle wesentlichen Voraussetzungen für einen schnellen Beitritt schaffen – nach Kriegsende. Deutschland hat eigens zum Hochamt der Nato in Vilnius ein nächstes Waffenpaket vorgelegt. 700 Millionen Euro teuer, es enthält Schützenpanzer Marder, Leopard-Kampfpanzer, Flugabwehr, Drohnen, Munition, Teile eines Feldlazarets. Niemand weiß, wie lange der Krieg in der Ukraine dauert. Aber wäre das Land in einem Jahr zum 75-jährigen Bestehen der Nato Mitglied im Bündnis, könnte die Welt aufatmen.

Mehr Sitze für Therapeuten

VON MAXIMILIAN PLÜCK

Die Zahlen des Landesgesundheitsministeriums zu Essstörungen sind erschreckend. Der zweite Lockdown hat Spuren hinterlassen – vor allem bei Mädchen. 18.500 Kinder und Jugendliche mussten 2021 behandelt werden, und das dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein.

Dem steigenden Bedarf nach therapeutischer Hilfe steht ein viel zu knapp bemessenes Versorgungssystem gegenüber. Erst kürzlich warnte der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen nach wie vor bis zu einem halben Jahr auf einen ambulanten Therapieplatz warten müssen. Dabei hat sich die Ampel selbst in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Die Versorgung zu verbessern. Das muss dann auch den Kinder- und Jugendlichen-Bereich einschließen. Der immerhin 20 Prozent der Behandler ausmacht.

Die Landesregierung sollte hier den Druck auf den Bund aufrechterhalten, dass dieser endlich tätig wird. Und wenn dies am Ende zum Erfolg führt, wird sich Minister Laumann an seinen Worten messen lassen müssen: Sollten die Kinder- und Jugendlichen-therapeuten tatsächlich als eigene Arztgruppe erfasst werden, muss er dafür sorgen, dass in den Regionen entsprechend ausreichende Sitze vergeben werden.

Nicht zuletzt sind auch Eltern und Schulen gefordert. Es geht darum, dem Nachwuchs gute moralische Werte mit auf den Weg zu geben und einen kritischen Umgang mit sozialen Medien zu fördern. Die Hälfte aller Nutzer sozialer Medien folgt Bitkom zufolge in flencern auf Instagram, Facebook, Tiktok und anderen Plattformen. Unter den jungen Menschen sind es deutlich mehr. Äußerlichkeiten haben einen gefährlich großen Stellenwert. Oder wie schrieb jüngst die Twitter-Nutzerin Thatdatastuff? „Es schämen sich viele Menschen für ihren Körper und viel zu wenige für ihren Charakter.“



GIPFEL DER HILFSBEREITSCHAFT

RP-KARIKATUR: NIK EST

ANALYSE In Ausnahmesituationen wie einer Pandemie brauchen wir einen starken Staat. Für die normalen Probleme wie Rauchen, Ernährung oder Heizversorgung ist es aber keine gute Idee, die Menschen zu bevormunden.

Verbotsrepublik Deutschland

VON MARTIN KESSLER

In der Corona-Pandemie hat der Staat seine ganze Macht gezeigt. Weil eine unkontrollierte Infektionswelle das Gesundheitssystem zu überfordern drohte und Menschen in Krankenhäusern vor den Hospitälern ihren Tod gefunden hätten, verfügte die Bundesregierung gemeinsam mit den Ministerpräsidenten einen Lockdown: Geschäfte bis auf die des täglichen Bedarfs waren geschlossen, Schüler und Studierende durften nicht mehr an ihre Bildungsstätten, Belegschaften wurden ins Homeoffice geschickt, in Parks durfte man nur noch höchstens zu zweit spazieren gehen. Das war faktisch der Ausnahmezustand.

Die allgemeine Bescheidung der Freiheit wurde seinerzeit weitgehend akzeptiert. Es standen höhere Güter wie Leben und der Schutz verletzlicher Menschen auf dem Spiel. Doch zugleich bildete sich ein feines Gespür dafür heraus, was der Staat zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger tun darf – und was nicht.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gehörte in der Pandemie zu denjenigen, die unablässig warnten, weitere Maßnahmen forderten und eine vorzeitige Lockerung ablehnten. Dieses Engagement hat ihn berühmt gemacht, aber gleichzeitig ist er damit auch zum Vorkämpfer einer Haltung geworden, die dem Staat einen umfassenden Auftrag zum Schutz der öffentlichen Gesundheit erteilt.

In der Ampelkoalition gibt es eine weitere Partei, die Schutz und Vorsorge beim Staat ansiedelt: die Grünen. Hier geht es um die Umwelt, das Klima, die Ernährung, den Schutz der Minderheiten. Bei den Sozialdemokraten noch zusätzlich um eine gerechte Einkommensverteilung, Schutz der Arbeitnehmer, Erhaltung der Jobs und gleiche Bildungschancen für alle. Der

Staat mit seinen Vorschriften, Geboten und Untersagungen wird zum allumfassenden Gewährträger einer Gesellschaft, der die Menschen vor allen Risiken und Enttäuschungen des Lebens schützt. Dabei sind die Ziele richtig und vernünftig. Muss aber immer der Staat wie eine Über-Nanny alle bemuttern?

Gerade die jüngsten Vorhaben der Bundesregierung gehen genau in diese Richtung. Da ist jedes sechste Kind in Deutschland übergewichtig, in der Altersgruppe zwischen elf und 13 Jahren sogar jedes fünfte. Nun hat Bundesernährungsminister Cem Özdemir (Grüne) die Idee, die Werbung für zucker-, fett- und fetthaltige Produkte im Fernsehen zu verbieten. Die Kinder könnten dadurch zu einer falschen Ernährung verleitet werden.

Auch hier ist das Ziel nicht verkehrt. Natürlich stellen Bewegungsarmut und die ungesunde Ernährung vieler Kinder, die oft aus prekären Verhältnissen kommen, ein großes Problem dar. Und der Schutz dieser jungen Menschen ist ein echtes Anliegen. Kann man es aber mit Verboten und staatlichen Interventionen schützen? Für Özdemir ist das geplante Werbeverbot, das sich noch in der Vorbereitung befindet und wie eine geheime Kommandosache behandelt wird, der Nachweis für einen ehrlichen Einsatz für die Kinder. Das mag man ihm auch zugestehen. Aber ist das auch zielführend?

Ein Verbot macht den Staat mächtig, die Ernährungsindustrie muss kucken, Kinder und Eltern verhalten sich dann so, wie es die staatliche Nanny wünscht. Bei seiner Klientel, die auch ohne staatliche Bevormundung von sich aus auf ihre Gesundheit achtet, mag der Grünen-Minister dafür Punkte sammeln. Doch es ist mehr als fraglich, ob die Kinder dann den Griff ins Süßigkeitenregal unterlassen, wenn sie die Eltern als eigentlich Verantwortliche nicht daran hindern.

INFO

Verbote und Gebote in der Demokratie

Gemeinwohl Der Staat verfolgt mit seinen Maßnahmen, also auch den Verboten und Geboten, das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger. Darunter versteht man das Wohl der Gemeinschaft als Ganzes. Dazu zählen die Einrichtung des Sozialstaats genauso wie die wirtschaftliche Stabilität, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder die Vorsorge für eine gesunde Umwelt. Das Gemeinwohl ist allerdings ein umstrittener Begriff, der keine allgemeingültige Definition besitzt.

Individuelle Rechte Nach liberaler Auffassung hat der Staat die Pflicht, die Individualrechte wie Recht auf Leben, Freiheit, Eigentum und freie Meinungsäußerung zu unterstützen. So muss der Staat etwa Diebstahl oder Mord ahnden, um das Leben oder das Eigentum der Menschen zu schützen. Darüber hinaus muss ein Eingriff des Staates in die freien Handlungen der Bürger hinreichend begründet werden.

Rechtsstaatsprinzip Der Staat erlässt transparente Regeln und Gesetze, die für alle diskriminierungsfrei gelten. Alle Rechte der Bürger sind vor Gericht einklagbar – auch gegen den Staat.



Über ein Rauchverbot im Auto gibt es eine Debatte. FOTO: DPA

Ähnlich ist es beim Rauchverbot im Privat-Pkw, das Minister Lauterbach plant. Auch hier ist das Ziel lobenswert. Welch asoziale Haltung ist es, im Auto zu rauchen, wenn Kinder und Schwangere mitfahren. Reicht es hier nicht, an den Anstand zu appellieren? Muss der Staat hohe Strafen androhen, um Fahrerinnen und Fahrer auf den Pfad der Tugend zurückzuführen? Er wird es nicht einmal kontrollieren können. Da wäre es doch besser, auch Nachbarn und Freunde würden sich einmischen und klar benennen, dass ein solches Verhalten für die Anvertrauten gesundheitsgefährdend ist.

Weil Lauterbach so gut in Form ist, plant er gleich noch ein umfassendes Heizschutzgesetz. Auf vier Stufen soll die Eingriffsschwelle des Staates verteilt werden. In der obersten, der roten, wenn die Hitze anhält, gibt es dann ein Verbot von Massenveranstaltungen und größeren Menschenansammlungen, womöglich sogar Spezialregeln für besonders anfällige Gruppen. Lang anhaltende Hitzewellen sind ein Problem für die Gesundheit. Doch die meisten Menschen wissen damit umzugehen, wenn es genügend kühlere Stellen gibt. Die vorzuzulassen, ist die Aufgabe des Staates, nicht die Menschen vor sich selbst zu schützen. Wer meint, er müsse in brütender Hitze auf ein Popkonzert gehen oder Alkohol trinken, muss dafür selbst die Verantwortung übernehmen.

Um den mächtigen Staat allen Gruppen vorzuführen, war die Pandemie ein schlechtes Beispiel. Immerhin haben die Behörden der Versuchung widerstanden, alles und jeden in dieser aufgewühlten Zeit von oben zu regeln. Jetzt bei allen Problemen, die Menschen auch selbst regeln können, den Staat zu rufen, macht das Vorbild noch schlechter. Und aus dem mächtigen Staat könnte schnell ein machtloser werden. Wenn er seine überzogenen Ziele mangels Ressourcen und Durchsetzungsgewalt nicht erreicht, wird er zur Karikatur des Machtstaats. Und das ist gefährlich.

WISSENSDRANG

Am Bundesverfassungsgericht ist der Plan der Grünen gescheitert, ein unausgeglichenes Heizungsgesetz im Eiltempo durch den Bundestag zu peitschen. Offenbar hielten sie es für zweitrangig, mit welchen Mitteln eine gute Absicht in die Tat umgesetzt wird. Doch gerade darauf kommt es in einer Demokratie an. Wieder einmal droht eine in Deutschland chronische moralische Überheblichkeit die Demokratie zu beschädigen. Nicht nur die Grünen neigen dazu, Politik mit angewandter Moral zu verwechseln. Diese Haltung schimmert auch bei unserer ehemaligen Bundeskanzlerin durch, wenn sie etwa auf die Frage antwortet, ob sie ihre Russlandpolitik im Nachhinein für falsch halte: Diplomatie sei nicht falsch, auch wenn sie scheitert.

Eine Form der Kunst

Oft geht es um die Moral. Dabei ist für politischen Erfolg anderes entscheidend.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

In manchen Fällen stimmt das. Zum Beispiel, wenn das Ergebnis der „Diplomatie“ (wenn das die richtige Ausdruck für Nord Stream 2 ist) immer noch das kleinere Übel ist. Oder wenn das Übel völlig unvorhersehbar war. Aber eigentlich bemisst sich die Qualität der Politik an ihrem Erfolg. Merkels Aussage macht nur Sinn, wenn man das Wort Diplomatie (oder das Wort Politik) insgeheim durch das Wort Moral ersetzt. Nicht dass ich für eine Politik ohne Moral, für ein bloßes Verwalten plädieren möchte. Demokratie lebt vom Widerstreit der Meinungen und der moralischen Werte. Und wohin eine moralfreie Interessen- und Machtpolitik führt, können wir in Russland sehen. Aber in der Politik kommt es nicht auf die gute moralische Absicht

an, sondern auf deren erfolgreiche Umsetzung. Dazu muss man einerseits den Blick auf die Realitäten richten und – was das Wärmegebot betrifft – vor allem: auf die vielen betroffenen Menschen und Gruppen. Zum anderen muss man sich die Zeit nehmen, eine tragfähige Lösung zu erarbeiten, mit der alle leben können. Politik ist auch die Kunst, Menschen mit anderen Interessen und Werten zu überzeugen. Sie wird umso erfolgreicher sein, je mehr sie sich konstruktiv auf Widerstände einlässt und von ihnen lernt.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.